

**EU-weite Ausschreibung im
Offenen Verfahren**

**Schülerbeförderung Freie Waldorfschule
Dinslaken 2026**

4_Beförderungsvertrag

Stand: 2. Juni 2026

Ablauf der Angebotsfrist: 3. Juli 2026, 12:00 Uhr

BEFÖRDERUNGSVERTRAG

zwischen dem **Verein Freie Waldorfschule Dinslaken e.V.**,

– vertreten durch Frau Kirsten Baumert, Frau Jeannette Höffner, Herrn Thomas Lichtenberger sowie Herrn Tim Naumann –

– Auftraggeber zu 1 –

dem **Verein zur Förderung der Waldorfpädagogik am Niederrhein e.V.**,

– vertreten durch Frau Andrea Baumeister, Frau Dana Fengels, Frau Anke Müller, Herrn Matthias Moser sowie Herrn Jakob Friedemann Wassink –

– Auftraggeber zu 2 –

– **zusammen die Auftraggeber** –

und der **[wird nach Erteilung des Zuschlags ergänzt]**

– vertreten durch **[wird nach Erteilung des Zuschlags ergänzt]** –

– **Auftragnehmer** –

Präambel

Der Auftraggeber zu 1 ist Schulträger der Freien Waldorfschule Dinslaken, einer Ersatzschule eigener Art in freier Trägerschaft i. S. v. § 100 Abs. 6 SchulG NRW in Dinslaken. Der Auftraggeber zu 2 ist ein zur Förderung der Freien Waldorfschule Dinslaken gegründeter Verein.

Die Freie Waldorfschule in Dinslaken ist eine in der Regel einzügige Schule mit 13 Klassenstufen und derzeit ca. 445 Schülerinnen und Schülern. Die Schülerinnen und Schüler der Waldorfschule Dinslaken können zu einem großen Teil nicht auf öffentliche Verkehrsmittel zurückgreifen und müssen daher mit Schulbussen von Haltestellen in der Nähe ihres Wohnorts zur Waldorfschule gebracht und nach Beendigung des Schultags

zurückbefördert werden. Dabei ist im Umgang mit den Beförderungsgästen auf die besonderen Bedürfnisse der jungen Schülerinnen und Schülern Rücksicht zu nehmen. Dies setzt in besonderem Maße einen verständnisvollen Umgang des Fahrpersonals mit seinen Fahrgästen voraus.

Dies vorausgesetzt, vereinbaren die Parteien was folgt:

INHALTSVERZEICHNIS

§ 1 VERTRAGSBESTANDTEILE	5
§ 2 VERTRAGSGEGENSTAND	5
§ 3 LEISTUNGSÄNDERUNGEN	6
§ 4 ALLGEMEINE LEISTUNGSPFLICHTEN.....	6
§ 5 FAHRZEUGE	7
§ 6 PERSONAL	7
§ 7 VERTRAULICHKEIT UND DATENSCHUTZ.....	8
§ 8 SORGFALTSPFLICHTEN UND HAFTUNG	8
§ 9 VERGÜTUNG UND ABRECHNUNG	9
§ 10 ENTGELTANPASSUNG	11
§ 11 KONTROLL- UND SANKTIONSMECHANISMUS	14
§ 12 LAUFZEIT UND VERLÄNGERUNGSOPTION	15
§ 13 KÜNDIGUNG AUS WICHTIGEM GRUND	15
§ 14 SCHLUSSBESTIMMUNGEN	16

§ 1

VERTRAGSBESTANDTEILE

Als Vertragsbestandteile gelten ergänzend und nachrangig zu den Regelungen dieses Vertrags in folgender Reihenfolge:

- die Auftragsbekanntmachung mit der Nr. [wird nach Erteilung des Zuschlags ergänzt] vom [wird nach Erteilung des Zuschlags ergänzt],
- die Bewerbungsbedingungen vom [wird nach Erteilung des Zuschlags ergänzt],
- die Leistungsbeschreibung vom [wird nach Erteilung des Zuschlags ergänzt],
- die Aufforderung zur Abgabe eines Angebots vom [wird nach Erteilung des Zuschlags ergänzt],
- die Datenschutzerklärung vom [wird nach Erteilung des Zuschlags ergänzt],
- die übrigen Vergabeunterlagen in der letzten veröffentlichten Fassung,
- die Besonderen Vertragsbedingungen des Landes NRW zur Einhaltung des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen (BVB TVgG NRW) in der zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses gültigen Fassung,
- die VOL/B in der Fassung vom August 2003,
- die Fahrpläne in ihrer jeweils gültigen Fassung,
- das Angebot des Auftragnehmers vom [wird nach Erteilung des Zuschlags ergänzt] einschließlich möglicher Anlagen.

§ 2

VERTRAGSGEGENSTAND

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Schülerinnen und Schüler der Freien Waldorfschule Dinslaken, und ggf. weitere Fahrberechtigte (z. B. Austauschschüler), von den in den Fahrplänen festgelegten Abholstellen zur Freien Waldorfschule Dinslaken, Eppinkstraße 173, 46535 Dinslaken nach Maßgabe dieses Vertrags und seiner Bestandteile (s. o. § 1) zu befördern.
- (2) Grundlage für die Leistungserbringung ist der jeweilige Fahrplan und die dort ausgewiesene Gesamtfahrleistung. Beim Fahrplan ist die für die Auftraggeber – unter Berücksichtigung der spezifischen Anforderungen an die Beförderung von Schülern – kostengünstigste Fahrtroute zu wählen. Die Auftraggeber entscheiden über die endgültige Genehmigung der Fahrpläne.

- (3) Die Beförderung wird mit Fahrzeugen des Auftragnehmers werktäglich (Montag bis Freitag sowie gelegentlich Samstag) durchgeführt. An gesetzlichen Feiertagen und sonstigen schulfreien Tagen (Ferien, bewegliche Ferientage etc.) erfolgt keine Beförderung.
- (4) Die Planung der Fahrten muss so erfolgen, dass eine Ankunft der Schülerinnen und Schüler zwischen 7:55 Uhr und 8:05 Uhr gewährleistet ist. Die Rückfahrt von der Schule zu den jeweiligen Haltestellen ist durch Bereitstellung der Fahrzeuge 10 Minuten vor der jeweiligen Ausfahrt vorzubereiten (1. Busausfahrt: montags und mittwochs um 13.00 Uhr, dienstags, donnerstags und freitags um 12.00 Uhr; 2. Busausfahrt: montags und mittwochs um 15.05 Uhr, dienstags, donnerstags und freitags um 13.50 Uhr). Die Auftraggeber behalten sich Änderungen der Abfahrtszeiten vor. Abweichungen von der Streckenführung der von den Auftraggebern genehmigten Fahrpläne (einschl. Haltestellen und Fahrzeiten) sind nur zulässig, wenn dies aus verkehrstechnischen Gründen erforderlich ist.
- (5) Eine Beförderung von Personen, die nicht den Auftraggebern zuzurechnen sind, darf nur dann erfolgen, wenn die Auftraggeber dies vorher gestatten.

§ 3

LEISTUNGSÄNDERUNGEN

Die Auftraggeber sind berechtigt, während der Vertragsdurchführung jederzeit nach Bedarf (z. B. aufgrund von schulpolitischen Veränderungen wie sinkenden oder steigenden Schülerzahlen, Reduzierung oder Aufstockung von Klassen, Veränderung von Wohnorten etc.) eine Änderung der vertraglichen Leistungen (auch Erweiterungen und Reduzierungen des Leistungsumfangs, insbesondere auch neue Linien) im Rahmen der Leistungsfähigkeit des Auftragnehmers zu verlangen, soweit diese Änderungen im Wert nicht 100 % des ursprünglichen Auftragswerts überschreiten. Ferner können die Auftraggeber jederzeit verlangen, dass die Fahrpläne an den jeweiligen Bedarf (z. B. Wegfall oder Hinzukommen von Schülern bei der Beförderung) angepasst werden oder Routen optimiert werden. Die Auftraggeber verpflichten sich, den Auftragnehmer rechtzeitig über etwaige Änderungen in Kenntnis zu setzen.

§ 4

ALLGEMEINE LEISTUNGSPFLICHTEN

- (1) Der Auftragnehmer erbringt die Leistung in eigener Verantwortung. Er verpflichtet sich, die zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Leistungserbringung erforderlichen technischen und organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen und

die zur Leistungserbringung ggf. erforderlichen Genehmigungen einzuholen und über die Dauer der Leistungserbringung vorzuhalten.

- (2) Kommt der Auftragnehmer seiner Beförderungspflicht nicht nach, und sind die Umstände, die einer Beförderung entgegenstehen, von ihm zu vertreten, sind die Auftraggeber berechtigt, die Schüler durch einen Dritten zu befördern. Die Kosten hierfür trägt der Auftragnehmer.

§ 5 FAHRZEUGE

- (1) Die Beförderung erfolgt mit Kraftomnibussen oder Kleinbussen, welche die Anforderungen der Leistungsbeschreibung erfüllen müssen.
- (2) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die gesetzlichen Vorschriften, insbesondere die Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung (StVO), der Straßenverkehrszulassungsordnung (StVZO), der Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr (BOKraft) in ihrer jeweils gültigen Fassung zu beachten.
- (3) Der Auftragnehmer muss sicherstellen, dass die Fahrer über Funk und/oder Telefon während der Beförderung erreichbar sind und im Notfall kurzfristig Hilfe rufen können.

§ 6 PERSONAL

- (1) Der Auftragnehmer stellt das erforderliche Fahrpersonal. Er verpflichtet sich, nur zuverlässige und geeignete Arbeitskräfte einzusetzen, die über eine gültige Fahrerlaubnis für das Führen von Kraftomnibussen bzw. Kleinbussen zur Fahrgastbeförderung verfügen und Erfahrung bei der Beförderung von Schülerinnen und Schülern haben. Die Auftraggeber sind berechtigt, das Fahrpersonal auf seine Zuverlässigkeit und Eignung zu überprüfen. Auf Verlangen der Auftraggeber darf der Auftragnehmer bestimmte Fahrer nicht mehr einsetzen, wenn die Auftraggeber annehmen können, dass diese nicht die erforderliche Eignung und/oder Zuverlässigkeit aufweisen.
- (2) Das vom Auftragnehmer eingesetzte Fahrpersonal muss die deutsche Sprache sicher beherrschen (mind. Sprachniveau B 2) und in der Lage sein, jederzeit Informationen verständlich entgegenzunehmen und weiterzuleiten (z. B. an die

Notrufleitstelle, die Leitstelle des Auftragnehmers oder Personensorgeberechtigte).

- (3) Der Auftragnehmer hat die Fahrer zur erhöhten Vorsicht und zu einer defensiven Fahrweise anzuhalten und auf die besonderen Gefahren und Eigenheiten, die sich bei der Beförderung von jungen Menschen ergeben, hinzuweisen.
- (4) In den Fahrzeugen und unmittelbar an den Fahrzeugen sind das Rauchen (auch E-Zigaretten), Essen sowie das Trinken von Alkohol für Fahrer/in und Mitfahrer/innen verboten.

§ 7

VERTRAULICHKEIT UND DATENSCHUTZ

Der Auftragnehmer und die von ihm eingesetzten Arbeitskräfte sind zur Verschwiegenheit über alle personenbezogenen Daten der beförderten Schülerinnen und Schüler verpflichtet, es sei denn, die Weitergabe der Daten ist zur Durchsetzung von Rechten im Zusammenhang mit diesem Vertrag oder gegenüber Behörden oder Gerichten erforderlich. Diese Pflicht dauert auch nach Beendigung dieses Vertrags fort.

§ 8

SORGFALTSPFLICHTEN UND HAFTUNG

- (1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, eine Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Versicherungssumme von mindestens EUR 2.000.000 je Schadensfall für Personen- und Sachschäden und einer Versicherungssumme von mindestens EUR 300.000 je Schadensfall für Vermögensschäden und einer Versicherungsdeckung in Höhe des zweifachen der genannten Deckungssummen je Versicherungsjahr abzuschließen, über die gesamte Vertragslaufzeit vorzuhalten und dies dem Auftraggeber auf Verlangen jederzeit nachzuweisen.
- (2) Der Auftragnehmer haftet für alle Schäden, die durch ihn oder seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder die von ihm eingesetzten Unterauftragnehmer und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Ausführung der Leistungen verursacht worden sind. Von der Haftung wird er – außer bei Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit eines Menschen – nur befreit, wenn er den Nachweis dafür erbringen kann, dass die Schäden von ihm oder seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht zu vertreten sind.
- (3) Der Auftragnehmer stellt die Auftraggeber von jeglichen Ersatzansprüchen frei, die gegen die Auftraggeber aufgrund des Verhaltens des Auftragnehmers und

seiner Mitarbeiter einschließlich Erfüllungsgehilfen oder aufgrund der vom Auftragnehmer oder seinen Mitarbeitern einschließlich Erfüllungsgehilfen betriebenen oder geführten Fahrzeugen erhoben werden.

- (4) Der Auftragnehmer hat die Auftraggeber unverzüglich darüber zu informieren, wenn er Kenntnis von Schadensfällen hat, die durch seine vertraglich geschuldeten Leistungen entstanden sind. Für sämtliche Schäden aus einer verzögerten, unzutreffenden oder nicht ausreichenden Unterrichtung der Auftraggeber über Störungen oder Unterbrechungen der Beförderungsleistungen nach diesem Vertrag haftet der Auftragnehmer auch hinsichtlich der Folgeschäden unbeschränkt. Im Schadensfall obliegt dem Auftragnehmer der Nachweis der rechtzeitigen, zutreffenden und vollständigen Unterrichtung der Auftraggeber.

§ 9

VERGÜTUNG UND ABRECHNUNG

- (1) Die Auftraggeber gewähren dem Auftragnehmer für die vollständige und vertragsgemäße Erfüllung der vereinbarten Leistungen einen Kilometerpreis je Besetzkilometer (ab Einstieg des ersten Schülers bis zum Ausstieg des letzten zu befördernden Schülers am jeweiligen Zielort) in folgender Höhe:

EUR [wird nach Erteilung des Zuschlags ergänzt] zzgl. Ust. in Höhe von [wird nach Erteilung des Zuschlags ergänzt] %

Auf der Grundlage dieses Besetzkilometersatzes gewähren die Auftraggeber dem Auftragnehmer für die vollständige und vertragsgemäße Erfüllung der vereinbarten Leistungen eine Tagespauschale für jeden Beförderungstag in folgender Höhe:

Tour 1: EUR [wird nach Erteilung des Zuschlags ergänzt] zzgl. Ust. in Höhe von [wird nach Erteilung des Zuschlags ergänzt] %

Tour 2: EUR [wird nach Erteilung des Zuschlags ergänzt] zzgl. Ust. in Höhe von [wird nach Erteilung des Zuschlags ergänzt] %

Tour 3: EUR [wird nach Erteilung des Zuschlags ergänzt] zzgl. Ust. in Höhe von [wird nach Erteilung des Zuschlags ergänzt] %

Tour 4: EUR [wird nach Erteilung des Zuschlags ergänzt] zzgl. Ust. in Höhe von [wird nach Erteilung des Zuschlags ergänzt] %

Für Touren, bei denen nur Teilleistungen zu erbringen sind (dies betrifft insbesondere die Beförderung an den Samstagen, wo lediglich eine Hinfahrt erforderlich ist), erfolgt eine anteilige Vergütung auf der Grundlage des angebotenen Kilometersatzes.

Die Tagespauschalen werden im Verhältnis der Auftraggeber nach folgendem Berechnungsschema aufgeteilt:

Die jeweiligen Anteile des Auftraggebers zu 1 und des Auftraggebers zu 2 an dieser Tagespauschale werden wie folgt berechnet:

Anteil des Auftraggebers zu 1:

*Tagespauschale geteilt durch Anzahl "Schulbusberechtigten Schüler"
multipliziert mit der Anzahl der "Schulbusberechtigten – TV"*

und

Anteil des Auftraggebers zu 2:

*Tagespauschale geteilt durch Anzahl "Schulbusberechtigten Schüler"
multipliziert mit der Anzahl der "Schulbusberechtigten – FV".*

Die Anzahl der "Schulbusberechtigten – TV" und "Schulbusberechtigten FV" wird monatlich von den Auftraggebern überprüft und ggf. angepasst. Die Auftraggeber informieren den Auftragnehmer rechtzeitig und schriftlich (Brief, Fax oder E-Mail) über diese Anzahl, für die Erstellung der Monatsrechnung. Der Anspruch des Auftragnehmers auf Zahlung der Vergütung besteht sodann im Verhältnis zum jeweiligen Auftraggeber.

Leerfahrten werden nicht vergütet. Dies gilt auch für ausgefallene Fahrten, außer nachstehend ist etwas anderes vereinbart. Die vereinbarten Preise sind Endpreise zuzüglich gesetzlicher Umsatzsteuer.

- (2) Fällt wegen kurzfristig auftretender Zustände höherer Gewalt (Glatteis, Unwetter etc.) ein Beförderungstag aus, gewähren die Auftraggeber dem Auftragnehmer ein Entgelt in Höhe von 50 % der vereinbarten Tagespauschale im Sinne des Absatzes 1.
- (3) Für den Fall, dass Beförderungstage aufgrund betriebsorganisatorischer Gründe oder länger andauernder Zustände höherer Gewalt (z. B. Pandemien) ausfallen, wird der Auftragnehmer spätestens fünf Werktage vorher von einem der beiden Auftraggeber informiert. Bei rechtzeitiger Benachrichtigung entfällt die Tagespauschale nach Absatz 1. Erfolgte keine rechtzeitige Benachrichtigung, hat der

Auftragnehmer einen Anspruch auf Zahlung in Höhe von 50 % der Tagespauschale nach Absatz 1.

- (4) Der Auftragnehmer legt den Auftraggebern spätestens am fünften Werktag des Folgemonats jeweils eine Rechnung über die von ihm im vergangenen Monat erbrachten Leistungen (Zahl der Beförderungstage) vor, welche eine nachvollziehbare und überprüfbare Aufstellung der erbrachten Leistungen enthält (Leistungsnachweis). Sind einzelne Fahrten ausgefallen, ist der jeweilige Grund anzugeben.
- (5) Die Rechnungen nach Absatz 4 sind binnen 14 Tagen nach Eingang bei den Auftraggebern fällig und zahlbar auf das den Auftraggebern vom Auftragnehmer benannte Konto.

§ 10 ENTGELTANPASSUNG

- (1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, nachdem er von den Auftraggebern über Leistungsänderungen i. S. v. § 3 dieses Vertrags in Kenntnis gesetzt wurde, die Fahrpläne umgehend anzupassen und den Auftraggebern aktualisierte Fahrpläne einschließlich einer Aufstellung über die aktuelle Gesamtkilometerleistung pro Beförderungstag zu übersenden. § 2 Abs. 2 dieses Vertrags gilt entsprechend. Für den Fall, dass sich durch eine Leistungsänderung i. S. v. § 3 dieses Vertrags die Gesamtkilometerleistung pro Beförderungstag ändert, passen die Vertragsparteien die Tagespauschale gemäß § 9 Abs. 1 dieses Vertrags wie folgt an

$$\text{alte Tagespauschale} \div \text{alte Kilometerleistung} \times \text{neue Kilometerleistung} = \text{neue Tagespauschale}$$

außer die Parteien vereinbaren einvernehmlich eine abweichende Anpassung der Tagespauschale. Die aktualisierten Fahrpläne einschließlich der Aufstellung über die Kilometerleistung wird Bestandteil dieses Vertrags.

- (2) Sofern sich die vom Auftragnehmer erbrachte Gesamtkilometerleistung aufgrund einer nachträglichen von den Auftraggebern verlangten Leistungsänderung i. S. v. § 3 dieses Vertrags in einer Weise ändert, die den Einsatz weiterer – bislang in der Planung des Auftragnehmers nicht vorgesehener – Ressourcen (Fahrzeuge und/oder Personal) erfordert, kann der Auftragnehmer eine Anpassung der Tagespauschale verlangen. Voraussetzung für eine solche Entgeltanpassung ist, dass der Auftragnehmer die Notwendigkeit, bislang bei der Kalkulation der Tagespauschale nicht berücksichtigte Ressourcen einsetzen zu müssen,

gegenüber den Auftraggebern schriftlich nachweist und die hieraus resultierenden Mehrkosten plausibel und nachvollziehbar darlegt. Die Auftraggeber sind ihrerseits berechtigt, eine Entgeltanpassung zu verlangen, wenn eine Leistungsänderung nach § 3 dieses Vertrags eine Reduzierung der Gesamtkilometerleistung dergestalt zur Folge hat, dass der Auftragnehmer bislang kalkulierte Fahrzeuge und Personal einspart. Kann kein Einvernehmen über eine Entgeltanpassung erzielt werden, besteht ein außerordentliches Kündigungsrecht für beide Vertragsparteien (siehe § 13 Abs. 2 dieses Vertrags).

- (3) Änderungen der Anzahl der zu befördernden Schülerinnen und Schüler wirken sich nicht auf die Tagespauschale gemäß § 9 Abs. 1 dieses Vertrags aus, wenn die Beförderung mit den vom Auftragnehmer vorgesehenen Fahrzeugen und / oder Personalen erfolgen kann.
- (4) Beide Parteien sind ab dem 1. Januar 2027 berechtigt, eine Anpassung des Besetzkilometersatzes nach § 9.1 während der Vertragslaufzeit verlangen, wenn dies aufgrund der Kostenentwicklung geboten ist. Als relevante Änderungen für den Besetzkilometersatz werden ausschließlich die Kostenentwicklungen beim Dieselpreis und bei der Vergütung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betrachtet. Die Preisanpassung erfolgt nach Maßgabe der folgenden Absätze.
- (5) Die Treibstoffkosten machen insgesamt einen Anteil von **[wird nach Erteilung des Zuschlags ergänzt]** % gemäß Ziffer A 2.1 des Preisblatts aus (Dieselkostenanteil – DKA). Als Maßstab für die Treibstoffkosten wird der monatlich erscheinende Statistische Bericht des Statistischen Bundesamts, Wiesbaden, Preise für ausgewählte Mineralölzeugnisse, 61241-03, Dieselkraftstoff bei Lieferung von 50-70 hl an Großverbraucher, frei Verbrauchsstelle, herangezogen. Ausgangs- und Vergleichswert für künftige Preisanpassungen ist der veröffentlichte Indexwert für Dieselkraftstoff zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe, also **[wird nach Erteilung des Zuschlags ergänzt]**.
- (6) Ändert sich der Dieselpreisindex im Vergleich zu dem in § 10 (5) Satz 3 genannten Monat um mind. 10 % (Dieselpreisindex-Veränderung DPI-V), so haben die Parteien das Recht, eine Anpassung des vereinbarten Besetzkilometersatzes mit Beginn des jeweiligen Folgemonats nach der folgenden Formel zu verlangen (in Prozent):

Anpassung des Besetzkilometersatzes = DKA x DPI-V

Die vorliegende Formel wird durch folgendes Beispiel erläutert:

DKA: 10 %; DPI-V: 12,5 %

$$0,10 \times 0,125 = 0,0125$$

Der Auftragnehmer wäre in diesem Beispiel berechtigt, seinen Besetzkilometersatz insgesamt um 1,25 % zu erhöhen.

Das heißt, dass bei Überschreitung der Grenze von 10 % die Veränderungen voll zu berücksichtigen sind und nicht nur der die Grenze von 10 % über- beziehungsweise unterschreitende Anteil.

Anträge sind schriftlich oder in Textform unter Nachweis der jeweiligen Veränderungen zu stellen. Im Falle eines (berechtigten) Anpassungsbegehrens gelten die neuen (angepassten) Entgelte ab Beginn des Kalendermonats, der auf den Monat der Antragstellung (maßgeblich ist das Eingangsdatum bei der jeweils anderen Partei) folgt; eine rückwirkende Anpassung ist ausgeschlossen. Erfolgt eine Anpassung, ist diese für 6 Monate bindend, so dass eine weitere Anpassung frühestens nach Ablauf von 6 Monaten, gerechnet ab der letzten (erfolgreichen) Anpassung, geltend gemacht werden kann. Ändert sich der Dieselpreisindex innerhalb dieses Betrachtungszeitraums im Vergleich zur letzten Anpassung um mind. 10 % (Dieselpreisindex-Veränderung DPI-V), so haben die Parteien das Recht, eine Anpassung des vereinbarten Besetzkilometersatzes mit Beginn des jeweiligen Folgemonats nach der obigen Formel zu verlangen.

- (7) Der Auftragnehmer kann eine Anpassung des Besetzkilometersatzes ferner dann verlangen, wenn der zum Zeitpunkt des Leistungsbeginns gültige Mindestlohn nach dem Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz – MiLoG) in Höhe von 13,90 EUR brutto/h oder der ggf. geltende und für allgemeinverbindlich erklärte Grundstundenlohn im Manteltarifvertrag für das Omnibusgewerbe (aktuell: <https://www.tarifregister.nrw.de/material/omnibus3.pdf>) während der Vertragslaufzeit durch Rechtsverordnung bzw. einen anderen verbindlichen Rechtsakt erhöht wird. Entsprechendes gilt bei weiteren Erhöhungen des Mindestlohns/des Grundstundenlohns nach Tarifvertrag während der Vertragslaufzeit. Die bereits absehbaren und beschlossenen Erhöhungen von Mindestlohn und Grundstundenlohn im Manteltarifvertrag zum 1. Januar 2027 sind davon ausgenommen; diese ist bereits bei der Angebotsabgabe zu berücksichtigen und löst keine Anpassungsmöglichkeit aus. Einer Anpassung unterliegt jeweils ausschließlich der im Preisblatt des Angebots unter Ziffer A 3.6 angegebene Anteil der Lohn- und Lohnnebenkosten für die nach dem Mindestlohn/Grundstundenlohn nach Tarifvertrag vergüteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Eine Anpassung erfolgt jeweils in dem Umfang, in dem der neue Mindestlohn/Grundstundenlohn relativ über dem zum Zeitpunkt des Leistungsbeginns bzw. dem zuletzt gültigen Mindestlohn/Grundstundenlohn liegt. Anträge sind

schriftlich oder in Textform zu stellen und die Voraussetzungen und die Höhe der Anpassung nachzuweisen. Der Besetzkilometersatz wird ab Beginn des Kalendermonats, der auf den Monat der Antragstellung (Eingangsdatum beim Auftraggeber) folgt, frühestens jedoch ab Inkrafttreten des jeweils neuen Mindestlohns angepasst. Eine rückwirkende Anpassung ist ausgeschlossen.

§ 11

KONTROLL- UND SANKTIONSMechanismus

- (1) Dem Auftragnehmer obliegt die Nachweis- und Darlegungslast für die Fahrten, deren Dauer und die Pünktlichkeit. Die Auftraggeber sind befugt, die Leistungsnachweise gemäß § 9 Abs. 4 Satz 1 dieses Vertrags zu überprüfen und auszuwerten oder ggf. durch Dritte überprüfen und auswerten zu lassen. Ferner dürfen die Auftraggeber unangekündigte Kontrollen oder Stichproben durchführen oder durch Dritte durchführen lassen.
- (2) Im Falle der nachfolgend bezeichneten Leistungsstörungen unterwirft sich der Auftragnehmer – unter Verzicht auf die Einrede des Fortsetzungszusammenhangs – Vertragsstrafen in der jeweils genannten Höhe:
 - 50,- € bei jeder unberechtigten Abweichung von den Fahrplänen,
 - 300,- € für jeden Fall, bei dem der Auftragnehmer ungeeignete Fahrer i. S. v. § 6 Abs. 1 oder § 6 Abs. 2 dieses Vertrags einsetzt,
 - 100,- € für jeden Fall, bei dem das Fahrzeugpersonal nicht die deutsche Sprache beherrscht oder ein Verstoß gegen § 6 Abs. 4 vorliegt,
 - 300,- € für jeden Fall, bei dem die eingesetzten Fahrzeuge nicht den gesetzlichen Anforderungen und/oder den Anforderungen der Leistungsbeschreibung entsprechen.
- (3) Vertragsstrafen nach Abs. 2 werden nur dann verwirkt, wenn der Auftragnehmer die jeweilige Leistungsstörung zu vertreten hat. Dem Auftragnehmer obliegt der Nachweis des Nichtvertretenmüssens. Im Falle des kumulierten Verstoßes gegen mehrere der vorbezeichneten Tatbestände durch ein einzelnes Handeln, Dulden oder Unterlassen wird nur der Verstoß mit der höchsten Einzelstrafe verwirkt.
- (4) Die Summe der Vertragsstrafen pro Monat ist auf 5 % der monatlichen Vergütung begrenzt.

- (5) Verwirkte Vertragsstrafen werden vom Rechnungsbetrag nach § 9 Abs. 4 dieses Vertrags abgezogen. Verwirkte Vertragsstrafen werden jeweils zur Hälfte bei den Rechnungen für beide Auftraggeber angesetzt.
- (6) Weitergehende Schadensersatzansprüche der Auftraggeber gegenüber dem Auftragnehmer, die aus den o. g. Leistungsstörungen entstehen, bleiben unberührt. Gezahlte Vertragsstrafen werden auf einen eventuellen Schadensersatzanspruch, der auf dem gleichen Grund beruht, angerechnet.
- (7) Eine Kündigung des Vertrags aus wichtigem Grund gemäß § 13 steht der Erhebung einer Vertragsstrafe nicht entgegen.

§ 12

LAUFZEIT UND VERLÄNGERUNGSOPTION

- (1) Der Vertrag tritt mit Vertragsschluss (= Erteilung des Zuschlags in dem EU-weiten Vergabeverfahren) in Kraft. Die Beförderungsleistungen sind ab dem 2. September 2026 zu erbringen. Die Vertragslaufzeit beträgt rund vier Jahre und endet mit dem Schuljahr (letzter Schultag vor den Sommerferien in NRW), somit nach aktuellem Stand am 21. Juni 2030.
- (2) Die Auftraggeber können den Vertrag unter Einhaltung einer Frist von zwei Monaten vor Beendigung maximal zwei Mal um ein Schuljahr durch schriftliche Mitteilung an den Auftragnehmer verlängern.

§ 13

KÜNDIGUNG AUS WICHTIGEM GRUND

- (1) Die Auftraggeber sind berechtigt, den Vertrag aus wichtigem Grund fristlos zu kündigen. Als wichtige Gründe gelten insbesondere:
 - Der Auftragnehmer stellt seine Zahlungen gegenüber Dritten ein oder es liegen Umstände vor, die auf das Vorliegen eines Insolvenzstatbestandes (§§ 16 – 19 InsO) schließen lassen.
 - Der Auftragnehmer ist aufgrund eines Zustandes höherer Gewalt (z. B. Pandemien) längerfristig gehindert, seine Leistungen zu erbringen. Eine längerfristige Unterbrechung liegt vor, wenn diese länger als drei (3) Monate dauert.

- Der Auftragnehmer verstößt wiederholt oder schwerwiegend gegen die Vertragsbestimmungen, so dass es dem Auftraggeber nicht zuzumuten ist, das Vertragsverhältnis fortzusetzen; als derartige Verstöße kommen u. a. in Betracht:
 - Die vertraglich vorgesehenen Leistungen werden auch nach vorheriger Abmahnung durch den Auftraggeber nicht zu dem vom Auftraggeber benannten Zeitpunkt (z. B. fortgesetzte unpünktliche Leistungserbringung), nicht in der im Vertrag vorgesehenen Qualität (z. B. nicht vertragsgemäßer Einsatz von Personal oder Fahrzeugen) oder im vorgesehenen Umfang (z. B. unberechtigtes Abweichen vom Fahrplan oder dauerhafter Ausfall einzelner Fahrten) ausgeführt.
 - Der Auftragnehmer erklärt, die geschuldeten Leistungen ganz oder zu einem erheblichen Teil nicht mehr zu erbringen.
 - Es werden Arbeitskräfte ohne Arbeitserlaubnis oder Fahrer ohne gültige Fahrerlaubnis zur Fahrgastbeförderung eingesetzt.
- (2) Der Auftragnehmer und die Auftraggeber sind berechtigt, den Beförderungsvertrag mit einer Frist von sechs Monaten zu kündigen, wenn ein Einvernehmen über eine Preisanpassung gemäß § 10 Abs. 2 dieses Vertrags nicht erzielt werden konnte.
- (3) Das Recht der Auftraggeber, vom Verkehrsunternehmen Schadenersatz zu verlangen und/oder andere Ansprüche aus diesem Vertrag geltend zu machen, wird durch die Kündigung nicht ausgeschlossen.

§ 14

SCHLUSSBESTIMMUNGEN

- (1) Dieser Vertrag unterliegt dem Recht der Bundesrepublik Deutschland.
- (2) Gerichtsstand ist Duisburg, sofern das Gesetz nicht zwingend etwas anderes vorschreibt.
- (3) Es bestehen keine mündlichen Vereinbarungen zu diesem Vertrag. Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrags oder der übrigen Vertragsdokumente bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Gleiches gilt für den Verzicht auf dieses Schriftformerfordernis.

- (4) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrags unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen des Vertrags hiervon nicht berührt. An die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung tritt eine Regelung, die dem wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung so nahe wie möglich kommt. Gleiches gilt für den Fall, dass die Vertragsparteien nachträglich feststellen, dass der Vertrag lückenhaft ist.

.....
Ort, Datum

.....
Verein Freie Waldorfschule Dinslaken e.V.

.....
Ort, Datum

.....
Verein Freie Waldorfschule Dinslaken e.V.

.....
Ort, Datum

.....
Verein zur Förderung der Waldorfpädagogik
am Niederrhein e.V.

.....
Ort, Datum

.....
Verein zur Förderung der Waldorfpädagogik
am Niederrhein e.V.

.....
Ort, Datum

.....
Auftragnehmer

Anlagenverzeichnis

[Wird nach Erteilung des Zuschlags erstellt]